

# AGF Europa News

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – November 2012

## Inhalt

<b>Neuigkeiten aus der COFACE</b> .....	<b>2</b>
Konferenz von COFACE und Irischen Landfrauen im Rahmen der Irischen EU-Ratspräsidentschaft .....	2
<b>Neuigkeiten aus der Europäischen Kommission</b> .....	<b>2</b>
Frauen in Führungspositionen: Richtlinienvorschlag der Kommission zur Frauenquote .....	2
Arbeitslosenzahl in der EU besonders unter Jugendlichen gestiegen .....	2
Bekämpfung der Kinderarmut .....	3
Folgen des demografischen Wandels im Pflegesektor .....	3
Aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen .....	3
EU-Recht: Litauen nimmt an verstärkter Zusammenarbeit bei Scheidungsrecht teil .....	3
Bildungsbericht und Bildungsstrategie: Schüler/innen fehlen grundlegende Kompetenzen, Umdenken im Bildungssystem .....	4
Tonio Borgs zum neuen Gesundheits- und Verbraucherkommissar ernannt .....	4
<b>Neuigkeiten aus dem Rat der Europäischen Union (Ministerrat)</b> .....	<b>4</b>
Ministerrat fordert mehr Engagement für Jugendliche mit Migrationshintergrund .....	4
EU-Strategie für ein besseres Internet für Kinder .....	4
Rat und Europäisches Parlament einigen sich über Lebensmittelverordnung für Säuglinge .....	5
<b>Neuigkeiten aus dem Europäischen Parlament (EP)</b> .....	<b>5</b>
Schriftliche Erklärung zum Europäischen Jahr 2014 zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf .....	5
Frauenausschuss des Europäischen Parlaments: Gender Stereotypen .....	5
Geschlechterausgewogenheit bei der Besetzung europäischer Entscheidungspositionen .....	5
<b>Weitere Nachrichten</b> .....	<b>6</b>
Neue Webseite für internationale Paare .....	6
Erfolgreicher Volksentscheid in Irland für eine Stärkung der Kinderrechte .....	6
Aufenthaltsrecht eines drittstaatsangehörigen Elternteils .....	6
Eurochild: Maßnahmen zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen .....	6
Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) startet europäische Online-Plattform .....	7
Verbraucherschutz: Produktrückrufe weltweit auf einen Klick .....	7
Moratorium in Spanien soll Familien vor Zwangsräumungen schützen .....	7
<b>Berichte und Studien</b> .....	<b>7</b>
Ergebnisse der Konferenz „Investing in Children“ .....	7
Bericht über das Altern im 21. Jahrhundert .....	7
Eurostat: Berichte über Mischehen in Europa und Jahrbuch der Regionen .....	8
Frauen in der EU– Zahlen und Fakten .....	8
Abschlusspublikation „Qualitätsrahmen Langzeitpflege“ .....	8
Eurochild: Kompendium zur Familien- und Kinderförderung .....	8
<b>Bevorstehende Veranstaltungen</b> .....	<b>9</b>

## Neuigkeiten aus der COFACE

### Konferenz von COFACE und Irischen Landfrauen im Rahmen der Irischen EU-Ratspräsidentschaft

Am 04. und 05. Februar 2013 findet in Dublin die Konferenz „Vulnerable Families – What can Europe do?“ statt. Thematischer Schwerpunkt sind die Auswirkungen der Sparmaßnahmen vor allem auf jene Teile der Gesellschaft, die von Armut und sozialer Ausgrenzung am meisten betroffen sind. Die Konferenz bringt Expert/innen aus Verbänden, Wissenschaft, Politik und Behörden zusammen, um gemeinsam über Herausforderungen zu diskutieren, Lösungen zu sammeln und Erfahrungen auszutauschen. Ausgangspunkt sind jeweils Inputs von hochrangigen Expert/innen, die in drei parallel stattfindenden Workshops intensiviert werden. Konferenzsprachen sind Englisch, Französisch und Spanisch.

- Die Konferenz bei Twitter: [@FamiliesVul](#)
- Weitere Informationen: <http://www.coface-eu.org/en/Events/Vulnerable-families/>

## Neuigkeiten aus der Europäischen Kommission

### Frauen in Führungspositionen: Richtlinienvorschlag der Kommission zur Frauenquote

Die EU-Kommission hat am 14. November einen neuen Vorschlag für die Einführung einer Frauenquote vorgestellt. Nachdem die Kommission Ende Oktober den ersten Vorschlag der EU-Justizkommissarin Viviane Reding abgelehnt hatte (siehe [Europa News 10/2012](#)), wurde der aktuelle Entwurf in Abstimmung mit den Direktionen Industrie und Unternehmen, Wettbewerb, Wirtschaft, Binnenmarkt sowie Beschäftigung und Soziales vorgelegt. Der Richtlinienentwurf sieht vor, dass bis spätestens 2020 mindestens 40 % der Aufsichtsräte in börsennotierten Unternehmen, ausgenommen KMU, weiblich sein müssen. Anders als im ersten Entwurf gilt die Quote jedoch nur für nicht-geschäftsführende Positionen und es wird von europäischer Ebene aus keine Sanktionen mehr bei Nichterfüllung der Quote geben.

- [Pressemitteilung der europäischen Kommission zu Frauen in Führungspositionen](#)
- [Richtlinienentwurf der Kommission](#) 
- [Rede von Viviane Reding beim Frauenfinanzforum zur Frauenquote in Hamburg](#)

### Arbeitslosenzahl in der EU besonders unter Jugendlichen gestiegen

Nach einem langsameren Anstieg im Sommer ist die Arbeitslosenzahl in der EU im September wieder stark gestiegen und liegt nun nach der monatlichen Arbeitsmarktanalyse der Europäischen Kommission bei 25,75 Millionen. Die Arbeitslosenquote junger Menschen hat einen Rekord von 22,8 % erreicht. In Griechenland und Spanien ist mehr als die Hälfte aller Jugendlichen ohne Arbeit. Auch Kinderarmut bleibt ein großes Problem. Der Prozentsatz von armutsgefährdeten Kindern bewegt sich zwischen 10 % in Dänemark und Finnland und über 20 % u.a. in Spanien, Griechenland, Bulgarien, Portugal, Italien bis zu über 30 % in Rumänien. Laut einer Studie der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) zeugen die Arbeitslosenzahlen auch davon, dass der Arbeitsmarkt für junge Menschen erheblich schwieriger geworden ist. Politische Gegenmaßnahmen müssten, so die Studie, auf einem breiten Ansatz beruhen, der Interessenträger und Arbeitgeber einbindet.

- [Monatlicher Arbeitsmarkt-Leitfaden - November 2012](#)
- [Eurofound Studie](#) 

## Bekämpfung der Kinderarmut

EU-Arbeits- und Sozialkommissar László Andor betonte anlässlich des „7. Europäischen Forums für die Rechte des Kindes“ (13. – 14. Nov. 2012), dass sich in vielen Mitgliedstaaten der EU die Lebensbedingungen der Kinder verschlechtert hätten und in der EU insgesamt 27 % der Kinder von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen seien. Andor kündigte ein Empfehlungsdokument der Europäischen Kommission zum Thema Kinderarmut an, das Anfang 2013 erscheinen soll.

- [Draft Background Paper zum 7. European Forum on the rights of the child \(englisch\)](#) 

## Folgen des demografischen Wandels im Pflegesektor

Beim „Europäischen Symposium für Familienhilfe“ am 22. November in Brüssel wies Sozialkommissar Andor auf die bevorstehenden Herausforderungen im Pflegebereich hin. Es seien vor allem Frauen, die unbezahlte Pflegearbeit leisten und in dem Fall keiner Erwerbstätigkeit nachgingen. Er forderte, Frauen die Wahlfreiheit zu ermöglichen, Ältere zu pflegen oder/und einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Dafür seien jedoch Veränderungen in den europäischen Pflegesystemen notwendig. Die Kommission arbeite gemeinsam mit den Mitgliedstaaten an einem zukunftsfähigen System effizienter und qualitativ hochwertiger Pflege.

- [Die vollständige Rede „Tackling long-term care challenges“ \(englisch\)](#)

## Aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen

Die aktuelle Broschüre der Europäischen Kommission mit dem Titel „Der EU-Beitrag für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen“ liegt jetzt auch in deutscher Sprache vor. Beschrieben werden sowohl bereits vorhandene Maßnahmen auf EU-Ebene, als auch solche, die nach wie vor in der Diskussion sind, wie zum Beispiel Gesetzentwürfe sowie Vorschläge für Finanzierungsprogramme im neuen Haushaltszyklus 2014-2020.

Außerdem wurden am 13. November die Gewinner des Wettbewerbs zur Förderung des aktiven Alterns im Rahmen des „Europäischen Jahrs für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen 2012“ bekannt gegeben. Zu den Gewinner/innen des Wettbewerbs gehören auch zwei Projekte aus Deutschland.

- [Website mit Download der Broschüre](#)
- [Webseite des Wettbewerbs](#)

## EU-Recht: Litauen nimmt an verstärkter Zusammenarbeit bei Scheidungsrecht teil

Litauen hat als 15. EU-Mitgliedstaat seine Teilnahme an einer verstärkten Zusammenarbeit im Bereich Scheidungs- und Trennungsrecht bestätigt. Um Ehepaaren mit verschiedenen Staatsangehörigkeiten bei einer Scheidung oder Trennung die Wahl der Rechtssysteme zu erleichtern, hatte die EU vor zwei Jahren eine verstärkte Zusammenarbeit im Bereich Ehescheidung und Trennung ohne Eheauflösung beschlossen. Deutschland gehörte neben 13 weiteren Mitgliedstaaten (Frankreich, Österreich, Spanien, Italien, Portugal, Belgien, Luxemburg, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Slowenien, Lettland und Malta) zu den Unterzeichnern.

- [Pressemitteilung der europäischen Kommission zu Ehepaaren mit internationalem Hintergrund](#)

## Bildungsbericht und Bildungsstrategie: Schüler/innen fehlen grundlegende Kompetenzen, Umdenken im Bildungssystem

Am 19. Nov. hat die Kommission ihren Bildungsbericht und am 20. Nov. ihre neue Bildungsstrategie vorgestellt. Der Bildungsbericht kommt zu dem Schluss, dass Europas Schulen ihre Schüler/innen nicht ausreichend auf den modernen Arbeitsmarkt vorbereiten würden und sieht auch für Deutschland Nachholbedarf. Mangelhaft seien insbesondere die Ergebnisse bei der Computer-, Bürger- und Unternehmerkompetenz.

In der Strategie „Neue Denkansätze für die Bildung“ werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, das Internet stärker für Bildungsprozesse zu nutzen, Schüler/innen mit hohem Schulabbrecher-Risiko zu unterstützen sowie den freien Zugang zu Lehr- und Lernmaterialien zu verbessern und die Lehrkräfte besser aus- und fortzubilden. Im Fokus stehen außerdem die Förderung der Grundfertigkeiten und -kompetenzen der jungen Menschen sowie die bessere Verzahnung von Bildung und Arbeitswelt.

- [Wichtige Punkte des Bildungsberichts](#) 
- [Pressemitteilung der Europäischen Kommission zur Bildungsstrategie](#)

## Tonio Borgs zum neuen Gesundheits- und Verbraucherkommissar ernannt

Tonio Borg wurde am 28. Nov. zum neuen Gesundheits- und Verbraucherkommissar ernannt. Seine Berufung war im Vorfeld aufgrund seiner umstrittenen Einstellungen zu Frauen- und Minderheitenrechten sowie Homosexualität, Scheidung und Abtreibung kontrovers. Bei der Abstimmung im Europäischen Parlament stimmten 386 von insgesamt 754 Abgeordneten für eine Nominierung Borgs als Nachfolger von John Dalli, der vor wenigen Wochen aufgrund von Korruptionsvorwürfen zurückgetreten war.

## Neuigkeiten aus dem Rat der Europäischen Union (EU-Ministerrat)

---

### Ministerrat fordert mehr Engagement für Jugendliche mit Migrationshintergrund

Der Rat für Bildung, Jugend, Kultur und Sport hat auf seiner Sitzung vom 26.-27. November Empfehlungen für die bessere Partizipation und soziale Inklusion von Jugendlichen, insbesondere mit Migrationshintergrund, ausgesprochen. Angemahnt werden u.a. ein besseres Verständnis für andere Kulturen sowie ein verstärkter interkultureller Dialog, vor allem durch eine aktive Beteiligung von Personen mit Migrationshintergrund auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Die Möglichkeiten der Partizipationsförderung durch Jugendorganisationen werden ebenso betont wie die Rolle der Bildungseinrichtungen einschließlich eines gelungenen Übergangs von der Schule zum Beruf.

### EU-Strategie für ein besseres Internet für Kinder

In der Sitzung vom 27. Nov. verabschiedete der Rat für Bildung, Jugend, Kultur und Sport Empfehlungen für mehr Internetsicherheit für Kinder. Unter Verweis auf die im Frühjahr von der EU-Kommission beschlossene EU-Strategie für ein besseres Internet und die darin genannten vier Handlungsfelder für Kinder empfiehlt der Rat, qualitativ hochwertige Online-Angebote auszubauen und zu fördern, Kindern und Eltern Onlinekompetenzen zu vermitteln, über Internetrisiken aufzuklären und Gefahren möglichst im Vorfeld abzuwehren sowie Selbstregulierungsmechanismen aufzubauen und zu unterstützen.

Auch das Europäische Parlament hat sich mit dem Thema beschäftigt und fordert in seiner Entschließung vom 20. Nov. auf, die Richtlinie zur Bekämpfung der sexuellen Ausbeutung und des Missbrauchs sowie der Kinderpornografie im Netz rasch und fristgerecht umzusetzen. Dabei soll eine maximale Harmonisierung der Anstrengungen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen in der digitalen Welt erfolgen. Die Abgeordneten verlangen darüber hinaus die Fortsetzung des Safer Internet Programms der Kommission sowie eine angemessene Ausstattung der neuen Agentur für Cybersicherheit bei Europol. Die Abgeordneten begrüßen die Absicht der Kommission, gesetzgeberische Maßnahmen zu prüfen, wenn die Selbstverpflichtung der Unternehmen fehlschläge.

### Rat und Europäisches Parlament einigen sich über Lebensmittelverordnung für Säuglinge

Der Rat der Europäischen Union (EU-Ministerrat) und das Europäische Parlament haben sich am 20. November 2012 über die Verordnung über Lebensmittel für Säuglinge und Kleinkinder erzielt. Die Verordnung soll den bisherigen bereits 30 Jahre geltenden gesetzlichen Rahmen und die Information für die Betroffenen verbessern. Der Entwurf soll im Rat endgültig verabschiedet werden.

## Neuigkeiten aus dem Europäischen Parlament (EP)

---

### Schriftliche Erklärung zum Europäischen Jahr 2014 zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die am 22. Oktober vorgestellte schriftliche Erklärung für das Europäische Jahr 2014 (0032/2012) (siehe [Europa News von Oktober 2012](#)) wurde bisher von 168 Abgeordneten des Europäischen Parlaments unterschrieben. Nötig sind insgesamt 378 Unterschriften. Die Frist läuft bis zum 22. Januar, wobei nur in den Straßburger Parlamentswochen unterschrieben werden kann. Initiiert wurde die Erklärung von der Abgeordneten Marian Harkin und Elisabeth Morin-Chartier, Roberta Angelilli und Jutta Steinruck.

### Frauenausschuss des Europäischen Parlaments: Gender Stereotypen

Der Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter hat am 6. November 2012 seinen Initiativbericht zum Abbau von Genderstereotypen verabschiedet, in dem er Empfehlungen an die EU-Institutionen unterbreitet. Der Bericht kritisiert u.a. dass die Vorschläge der Kommission zur Rente Frauen massiv benachteiligen. Die Abgeordneten erinnern daran, dass Frauenbelange in allen Politikbereichen mitgedacht werden müssten und bekräftigen ihre Befürwortung von Frauenquoten in politischen Gremien. Konkret rufen sie die Kommission und die Mitgliedstaaten zu Maßnahmen unter Nutzung des ESF auf, um Geschlechterstereotypen in verschiedenen Berufen zu bekämpfen und z.B. Mädchen dabei zu unterstützen, eine Berufswahl für „männlich“ dominierte Arbeitsbereiche zu treffen. Auch fordern die Abgeordneten eine systematischere Datenerfassung und Zusammenarbeit in Gleichstellungsfragen. Die Plenarabstimmung ist für den 10. Dezember 2012 geplant.

- [Berichtsentwurf sowie die im Ausschuss eingebrachten Änderungsanträge](#)

### Geschlechterausgewogenheit bei der Besetzung europäischer Entscheidungspositionen

Überfraktionell setzen sich Europaabgeordnete dafür ein, nach der Europawahl 2014 eine Genderbalance in den Europäischen Institutionen zu erreichen. Die so genannte 50/50 Koalition hat dafür am 21. November 2012 eine Erklärung unterzeichnet, in der Mitgliedstaaten, Parteien und europäischen Institutionen aufgefordert werden, Geschlechtergleichheit in den Entscheidungspositionen herzustellen. U.a. sollen die

Mitgliedstaaten je eine Kandidatin und einen Kandidaten für die Kommissionsposten und alle anderen Spitzenpositionen in den EU-Institutionen zu nominieren. Die Erklärung ist nun für alle Parlamentarier zur Unterzeichnung offen und soll im Frühjahr 2013 an die Kommission übergeben werden.

- [Zur überfraktionellen Erklärung der 50/50-Koalition](#) 

## Weitere Nachrichten

---

### Neue Webseite für internationale Paare

Der Zusammenschluss der Europäischen Notare hat mit Unterstützung der Europäischen Kommission eine neue Webseite eingerichtet, auf der sich internationale Paare über das in den 27 Mitgliedstaaten geltende Güterrecht informieren können. Die Informationen sind in 21 Sprachen verfügbar und geben Antworten auf Rechtsfragen, die sich den Paaren in Europa stellen.

- [Link zur Webseite für internationale Paare](#)
- [Pressemitteilung der Bundesnotarkammer](#)

### Erfolgreicher Volksentscheid in Irland für eine Stärkung der Kinderrechte

58 % der Iren stimmten 10. November 2012 in dem Volksentscheid für einen neuen Verfassungszusatz, der die grundlegenden Rechte aller Kinder festschreibt und deren Schutz sichert. Damit erweitern sich die Möglichkeiten für ein Kinder- und Jugendhilfesystem, das besser auf die Bedürfnisse von Kinder zugeschnitten ist. Außerdem erhöhen sich die Mitspracherechte von Kindern in eigenen Angelegenheiten, Adoptionen sollen erleichtert werden und Gerichte mehr Handhabe bekommen, Kinder aus Verhältnissen zu holen, in denen sie missbraucht werden. Ebenso sollen Kinder es leichter haben, Aussagen vor Gericht zu machen.

### Aufenthaltsrecht eines drittstaatsangehörigen Elternteils

Der Gerichtshof der EU (EuGH) hat am 8. Nov. 2012 entschieden, dass ein Drittstaatsangehöriger, der sich rechtmäßig im Herkunftsmitgliedstaat seiner Tochter und seiner Ehefrau aufhält, während diese sich in einem anderen Mitgliedstaat niedergelassen haben, sich nicht auf deren Unionsbürgerschaft berufen kann, um sein Aufenthaltsrecht auf das Unionsrecht zu stützen.

- [Pressemitteilung des EuGH zum Aufenthaltsrecht](#) 
- [Urteil des EuGH](#)

### Eurochild: Maßnahmen zur Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Eurochild hat eine Befragung zu geeigneten partizipatorischen Maßnahmen für die Inklusion vor allem von besonders schutzbedürftigen Kindern und Jugendlichen gestartet. Im Zusammenhang mit der Gründung einer Expertengruppe aus europäischen Wissenschaftler/innen sind Akteure in den Bereichen Inklusion und Partizipation dazu aufgerufen, ihre Erfahrungen hinsichtlich passender Methoden, Altersstrukturen und praktischer Probleme mit Eurochild zu teilen. Die Befragung läuft noch bis zum 10. Dezember 2012.

- [Informationen zur Konsultation zu Partizipationsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen](#) 
- [Online-Formular für die Teilnahme an der Eurochild-Konsultation](#)

## Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) startet europäische Online-Plattform

Das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) entwickelte in Zusammenarbeit mit fünf europäischen Dokumentationszentren und Bibliotheken eine europäische Online-Plattform zu geschlechtsbedingter Gewalt, die seit dem 6. Nov. Online ist. Die Plattform ermöglicht EU-Institutionen, Behörden, Forschern und allen Interessierten Zugang zu umfassenden Informationen zum Thema (Literatur, Dokumentationen, Artikel, Datenbanken). Über die englischsprachige Plattform können die Inhalte und Quellen in mehreren Sprachen, u.a. Deutsch, abgerufen werden.

- [Zugang zur Plattform \(englisch\)](#)

## Verbraucherschutz: Produktrückrufe weltweit auf einen Klick

Wer ein Fahrrad oder einen Baby-Tragegurt, die außerhalb der EU hergestellt wurden, kaufen möchte, kann sich künftig per Mausclick informieren, welche Produkte weltweit aus Sicherheitsgründen zurückgezogen wurden. Das internationale Portal der OECD zur Verbraucherinformation „Global portal on product recalls“ wurde während der internationalen Woche für Produktsicherheit freigeschaltet.

- [Zugang zum Portal \(englisch\)](#)

## Moratorium in Spanien soll Familien vor Zwangsräumungen schützen

In Spanien müssen täglich rund 200 Wohnungen oder Büros geräumt werden, weil die Besitzer/innen ihre Hypotheken nicht mehr bezahlen können. Dazu hat die Regierung ein zweijähriges Moratorium für Zwangsräumungen bei Geringverdienern beschlossen, das „besonders Bedürftige“ davor schützen soll, ihre Wohnung aufgrund unbezahlter Hypotheken zu verlieren. In diese Kategorie fallen kinderreiche Familien, Arbeitslose mit niedrigem Einkommen und Familien mit abhängigen Alten. Trotz des Moratoriums verlieren jedoch tausende Familien, die die Kriterien nicht erfüllen, weiterhin ihre Wohnungen.

## Berichte und Studien

---

### Ergebnisse der Konferenz „Investing in Children“

Dokumente und Ergebnisse der Konferenz „Investing in Children“, zum Thema Kinderarmut, die am 18.-19. Okt. 2012 von der zyprischen Ratspräsidentschaft durchgeführt wurde, können jetzt eingesehen werden. Die COFACE, die an der Konferenz teilnahm, betonte, dass insbesondere Familien, die Beruf und Familie nur schwer zu vereinbaren können, einem höheren Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung ausgesetzt sind.

- [Dokumente zur Konferenz „Investing in Children“ \(englisch\)](#)

### Bericht über das Altern im 21. Jahrhundert



Der UN-Bericht „Altern im 21. Jahrhundert: Erfolg und Herausforderung“ des United Nation Population Fund (UNFPA) liefert einen Überblick über die prognostizierten Trends sowie Empfehlungen für Programme, um den Herausforderungen des Alterns entgegenzutreten. Des Weiteren enthält er die Ergebnisse aus den Befragungen von 1.300 älteren Menschen.

- [Bericht: Altern im 21. Jahrhundert: Erfolg und Herausforderung \(englisch\)](#)

## Eurostat: Bericht über Mischehen in Europa und Jahrbuch der Regionen

Ein Eurostat-Bericht zeigt, dass in Europa durchschnittlich jede zwölfte Ehe eine Mischehe (im Bericht definiert als Verbindungen, bei denen ein Ehepartner einheimisch ist und der andere im Ausland geboren wurde) ist. Die Studie untersuchte die Daten des „European Union Labour Force Survey“ (Arbeitskräfteerhebung der Europäischen Union, EU LFS) und des „Survey on Income and Living Conditions“ (Erhebung über Einkommen und Lebensbedingungen, SILC).

Die neue Ausgabe 2012 des Eurostat-Jahrbuchs der Regionen gibt einen Überblick über die aktuellen wirtschaftlichen, sozialen und demografischen Entwicklungen in Europas Regionen. Darin finden sich Themen wie Arbeitslosenquoten, Geburtenraten oder Lebenserwartungen.

- [Eurostat regional yearbook 2012 \(englisch\)](#) 
- [Studie von Eurostat \(englisch\)](#) 


## Frauen in der EU– Zahlen und Fakten

Die European Women's Lobby (EWL) hat einen Vergleich von Zahlen und Fakten über Frauen in der EU veröffentlicht. Danach sind Frauen in Führungspositionen an Universitäten weiter sehr selten anzutreffen, sie tragen die Hauptverantwortung in der Kindererziehung und spielen weiter die Rolle der Hinzuverdienerin. Weitere Probleme sind das Armutrisiko und die Gewalt gegen Frauen in den EU-Mitgliedsstaaten.

- [Weitere Informationen auf der Webseite der EWL \(englisch\)](#)

## Abschlusspublikation „Qualitätsrahmen Langzeitpflege“

Die Publikation „Europäischer Qualitätsrahmen für die Langzeitpflege - Grundsätze und Leitlinien für Würde und Wohlbefinden älterer hilfe- und pflegebedürftiger Menschen“ liegt als zentrales Abschlussdokument des europäischen Projektes „Für Würde und Wohlbefinden älterer Menschen“ (WeDo) vor, bei dem die BAGSO als deutscher Kooperationspartner mitgewirkt hat. Die knapp 50-seitige Publikation ist in insgesamt 10 Sprachen veröffentlicht und liegt jeweils auch in einer vierseitigen Kurzfassung vor.

- [Abschlusspublikation Europäischer Qualitätsrahmen für die Langzeitpflege](#) 
- [Webseite von WeDo \(englisch\)](#)

## Eurochild: Kompendium zur Familien- und Kinderförderung

Ein Sammelwerk von Eurochild informiert über Praktiken im Bereich der Frühintervention bei der Familien- und Erziehungsförderung. Angesichts der angespannten Haushaltssituationen in Europa stehen die Jugend- und Familienhilfsdienste in Europa unter großem finanziellen Druck. Die Autoren stellen 12 verschiedene Fallstudien vor, in denen jeweils erfolgreiche Praktiken für Kinder und Familien zur Anwendung kamen. Mit dem Kompendium will Eurochild aufzeigen, dass die Investition in Familien eine wichtige und lohnenswerte Aufgabe ist und sowohl das Selbstvertrauen der Eltern stärkt als auch das Wohlergehen der Kinder.

- [Eurochild Kompendium zur Familien- und Kinderförderung](#) 



## Bevorstehende Veranstaltungen

- Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA): Abschlusskonferenz des Europäischen Jahres 2012 Active Ageing and Solidarity between Generations (3. Dezember 2012, Brüssel)
- UNESCO: Internationale Konferenz [„Millenia 2015, An Action Plan for Women’s Empowerment“](#) (3.– 4. Dezember 2012, Paris)
- European Public Health Alliance: Konferenz “Tackling Child Poverty and Promoting Children’s Health and Well-being in the EU” (4. Dezember 2012, Brüssel)
- Europäische Kommission und zyprische Ratspräsidentschaft: Zweiter Jahreskongress der Europäischen Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung (5. - 7. Dezember 2012, Brüssel)
- European Union Agency for Fundamental Rights (FRA): [Grundrechtskonferenz](#) (6. und 7. Dezember 2012, Straßburg)
- UNAF Spanien: II Congrès des Familles: Il était une fois la diversité familial (11.-14. Dez. 2012, Madrid)
- Ausschuss der Regionen (AdR): Konferenz [„Youth on the Move“](#) (13. Dezember 2012, Brüssel)
- Deutscher Caritasverband: Jahresempfang [„Familie schaffen wir nur gemeinsam“](#) (23. Januar 2013, Brüssel)
- COFACE und Irish Countrywomen’s Association (ICA): Konferenz [„Vulnerable families – What can Europe do?“](#) (4.–5. Februar 2013, Dublin)
- Safer Internet Day: [10. Safer Internet Day 2013](#) (5. Februar 2013, Brüssel)

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss des Deutschen Familienverbands (DFV), der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen (eaf), des Familienbundes der Katholiken (FDK), des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) und des Verbands binationaler Familien und Partnerschaften (iaf).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie setzt sich mit politischer Lobbyarbeit für die Belange der Familien ein und fördert den Dialog und die Kooperation der familienpolitischen Organisationen sowie den Verantwortlichen der Familienpolitik auf nationaler und internationaler Ebene. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union).